

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfach 1000; Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 666-33.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfach 1000; Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus- schließlich Beleggeld. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wilmannsring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Aus- gabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für örtliche Anzeigen; 35 Pf. für auswärtige Anzeigen; 1.25 M. für örtliche Reklamen; 2.50 M. für auswärtige Reklamen. 20% Leertextzuschlag. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Nachnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Montag, 20. Januar 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 24. • 67. Jahrgang.

Ein Wahlfieg der Demokratie.

Das Wahlergebnis in Wiesbaden.

Nach den bisher vorliegenden Zählergebnissen erhielten bei den gestrigen Wahlen zur Nationalversammlung in den 37 Wiesbadener Bezirken sowie in Erbenheim und Schierstein an Stimmen:

Deutsch-nationale Partei	535
Deutsche Volkspartei	7518
Zentrum	5653
Deutsche demokratische Partei	14 169
Sozialistische Partei	13 095
Unabhängige sozialistische Partei	1 373

Aus den Berliner Schreckenstagen.

Großtampftag und Sieg.

Von unserem Berliner Kriegsberichterstatter.)

Nachdem wir nunmehr Berliner Post erhalten haben, gehen wir aus dem Berg von Arbeit unserer Mitarbeiter, wenn sie auch z. T. überholt sind, wie durch den Tod Liebknechts und Rosa Luxemburgs, doch noch einige Aufzüge wieder, weil sie das ergänzen, was uns in den bisherigen Berichten fehlt: das persönliche Miterleben.

Das hätte man sich früher auch nicht träumen lassen, daß man innerhalb des Reichsbildes der Reichshauptstadt als Kriegsberichterstatter tätig sein kann. Es waren keine Kampf- tage, die wir in dieser Woche hier durchgemacht haben; der heißeste aber war der gestrige Großtampftag in Berlin SW., der mit der Einnahme des Wolffischen Telegraphenbureaus, des „Vorwärts“, des „Kladderadatsch“, des „Kriegs- und Völkertages“ und des „Kriegs- und Völkertages“ endete.

Am blutigsten war der Kampf um den „Vorwärts“, der den ganzen Vormittag in Anspruch nahm und den ich aus nächster Nähe mitten in einem etwas ungemütlichen Geschäft- und Gewehrgelächter miterleben konnte. Die Regiments- truppen gingen mitten in dem Geschäftshaus, in dem Feuer der Maschinengewehre und Handgranaten mit bewundernswürdigem Schmelz gegen die fest verbarrikadierten und sich verzweifelt wehrenden Spartakisten vor, deren Mut freilich, nachdem sie ernsthafte Verluste erlitten hatten, sich zusammenklappte. Auch bei der Einnahme des Vorwärtsgebäudes zeigte sich wieder, was von Anfang an klar war, daß die provisorische Regierung mit dieser zweiten Revolution, die schon jetzt wesentlich blutiger ist als die erste vom 9. November, weit schneller fertig geworden wäre, wenn sie von Anfang an Entschlossenheit und Tapferkeit gezeigt und nicht durch Verhandlungen und Versöhnungsversuche die Spartakus- mordbrennen ermutigt und ihnen durch das Hin- und Hergehen im neuen Anhänger und Mörder aus den Reihen der geistesverwandten Unabhängigen Sozialisten zugeführt hätte.

Genossen! Die Regierung hat langsam verhandelt, um diese Einigung zu erzielen, um jedes Blutvergießen zu vermeiden. So rühmen sich die Volksbeauftragten in einem ihrer allzu vielen Auftritte. Wir erblicken in diesem Satz viel- mehr ein Schuldbekenntnis; denn die Regierung hätte viel Blutvergießen vermeiden können, wenn sie sofort rücksichtslos mit umfassender Waffengewalt eingeschritten wäre. Daß dies nicht geschehen ist, hat sich blutig gezeigt. Hat es verschuldet, daß jetzt bereits eine Woche in den Straßen von Berlin gekämpft wird, und Scharen wie Liebknecht sich nach der Freiheit strecken, wenn auch freilich nach den schweren Verlusten der zum großen Teil sich bereits drückenden Spartakisten das Ende des Januar-Kampfes unmittelbar bevorzusehen scheint.

Werkwichtige Bilder, richtige Großstadtbilder hat und bietet Berlin in diesen Kampftagen. Während sich gestern in SW. eine blutige Straßenschlacht mit zahlreichen Opfern abspielte, während der Donner der Geschütze und das Rauschen der Handgranaten einen ohrenbetäubenden Lärm verursachten, die weit über den Kampfplatz hinausfliegenden Geschosse auch effliche Opfer unter den am Kampf ganz Unbeteiligten forder- ten, während die Passanten angstvoll aus der Nähe des Kampfplatzes flüchteten, konnte man effliche Straßen weiter, wenn man die besetzten Cafés und Restaurationen, das sorg- lose Planieren auf den Straßen sah, mitten im tiefsten Frieden zu sein glauben. In den Diskotheken kann man friedlich nebeneinander Plakate lesen, wie: „Bürger, zu den Waffen“, — „Großer Nachmittagskaffee mit Lang“, — „Wahl- beller für die Nationalversammlung gesucht“, — „Großer Ali- Baba-Ball“, welche letzterer allerdings seit gestern mit einem Streifen überklebt ist, „Verboten auf 2. Februar“.

Fürs erste ist er durch Berlins Totentanz verdrängt worden, der noch nicht völlig beendet ist, und die Regierung wird noch erheblich mehr Energie als bisher aufwenden müssen, wenn sie den Spartakidenaufstand endgültig nieder- schlagen und vor allem eine Neuauflage am Wahltag verhin- dern, einen ungehörigen Vollzug der Wahlen zur National- versammlung am 19. Januar abzuwehren will. Herr Ober- hat gestern verkündet, daß die Nationalversammlung unter der Schutzhülle der Frontsoldaten gestellt werden wird. Aber zu- nächst werden, besonders in der Reichshauptstadt, die Wahlen selbst unter deren Schutzhülle gestellt werden müssen, denn der von den Unabhängigen Sozialisten begünstigte Spartakidenaufstand zögerte ja in erster Reihe die Verhinderung der Agitation zu den Wahlen und der Wahlen selbst.

Um so mehr ist darauf zu rechnen, daß diese Wahlen, wenn ihr ungehörter Vollzug gesichert wird, ein vernich- tendes Volksgesicht über die Spartakidenschergen und nicht minder über die mit ihnen mehr oder minder offen

verbündeten Unabhängigen Sozialisten bilden werden. Aber auch an der alten Sozialdemokratie dürfte sich das, was die maßgebendsten Regierungen Herr-Scheidemann in die- sen Tagen durch Entschlossenheit und Fahr- lässigkeit verheimlicht hat, schwer rächen, und so gehen die bürgerlichen Parteien jetzt allem Anschein nach mit verbesserten Ausblicken in den Kampf um die Wahlen zur National- versammlung. — Wenn anders die provisorische Regierung wenigstens diese ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit er- füllt, die Wahlen zu sichern, die Wähler bei der Ausübung ihres vornehmsten Rechts zu schützen, die Freiheit der Wahl zu gewährleisten.

Zeitungsmord und Wahlterror.

—er. Berlin, 11. Januar 1919.

Während diese Zeilen diktiert werden, pfeifen die Angeln durch das Oberlicht des Bureaufensters und bleiben in der Decke stecken. Der Kampf im Zeitungsquartier wogt hin und her. Die Regimentsgewehre klingen. Die Panzerautos der Regierung rasseln vorbei, aber meist in einiger Entfernung von den Verlagsgebäuden. Denn die Spartakisten haben ihnen über den Fährdamm gelegt. Der bürgerliche Zeitungs- schreiber fragt sich verwundert, warum Spartakus gerade die öffentliche Meinung erwürgen will? Fühlen sich die ange- lichen Herren von morgen der Ausübung eines geistigen Kampfes nicht gewachsen? Die schönen, heutzutage so raren Papierrollen werden als Barrikadenmaterial mißbraucht, statt der Unterhaltung und Aufklärung zu dienen. Die Nota- tionsmaschinen stehen still und die Stühle der Seher sind leer. Warum beschließt Spartakus gerade die großen Nachrichten- blätter, während die kleinen, meist redaktionellen Partei- zeitungen weiter erscheinen? Wer wissen will, was sich ereig- net, kann sich die nötigen Informationen durch das Telefon verschaffen. Und im übrigen wachsen und wachsen die Ge- rüchte. Aber die Gerüchte sind den Spartakisten gerade nicht günstig. Die Gerüchte sagen, daß Spartakus es nur noch auf Vergewaltigung, Raub, Mord und Plünderung abgesehen habe. Er will den Berlinern das Wasser abstellen, das Licht aus- drehen, das Gas unterbinden. Er will hinaus in die Grun- dungs-Villensolone zu den reichen Deutschen, um sie zu brand- schrecken. Er will das Haus des Staatssekretärs a. D. Dern- burg besetzen und diesen selbst als Geisel abführen. Er will am Kurfürstendamm die Gastwirtschaft der wohnhabenden jüdi- schen Familien beschlagnahmen. Er will schließlich alle beset- zten Wohnungen requirieren. Man hat ja das Petersburger Vorbild. Die Gerüchte sind vielleicht übertrieben. Aber sie sind nun einmal die Folge der Unterbindung des Zeitungs- wesens. Hätte Spartakus die Freiheit der Presse nicht ge- knebelt, so wäre es sicherlich nicht zu dem furchtbaren Massen- hoch gekommen. Die Verhandlungen mit der Regierung wären nicht abgebrochen worden, und monder, der jetzt tot im Schauhaus liegt, erfreute sich noch seines Lebens. Allein schon der Terror gegen die am 9. November befreite Presse hat den Liebknechtianern für alle Zeiten jede Verständigung mit den übrigen politischen Kräften des Volkes verweigert. Damit ist Todfeindschaft mit diesen angeblichen Volksgenossen für ewige Zeiten besiegelt. Und neben dem Zeitungs-mord soll nun auch der Wahlterror treten. Spartakus hat ihn für den 19. Januar angesetzt. Auf welche Zustände er hinarbeitet, das kann man sich leicht vorstellen, wenn man sich der Wahltech- nik der Terroristen der französischen Revolution 1791 er- innert. Wer damals verächtlich war, im Sinne der herrschen- den Gewalt — heute würde man sagen: für Herr-Scheid- mann oder Dernburg oder Ebermann — zu stimmen, wurde, wenn er bei dem Strohterror überhaupt zum Wahllokal vorbringen konnte, durch Trochungen am Eintritt verhindert, oder man zog es vor, ihn einfach niederzuschlagen. Im Durchschnitt wurden damals die Wahlen von 10 bis 12 Pro- zent der Wähler gemacht, jener Wähler natürlich, die ihre Ge- sinnungsbildung durch terroristische Taten erwiesen hatten. So nahmen in Paris im Jahre 1791 an den Wahlen von 81 000 Berechtigten nur 7000, in Chartres von 1151 nur 104 teil. Indem man die gemäßigten und anständigen Elemente beiseite ließ, schaffte man einseitige Wahlen. Als die Stadt Montpellier durch den „Berein der eisenbüchsenlosen Anwälte“ geäubert war, da wurde nach Paris berichtet: „Die Wahlen gehen jetzt in größter Ordnung vor sich, weil alle Unwollen- den sich zurückgezogen haben.“ Das Resultat? „Alle Stip- endiaten, alle aufständischen Schreier, alle Agitatoren wurden gewählet“, so schreibt von den Wahlen des Jahres 1791 Dumouriez in seinen Memoiren. Und der gewählte Danton konnte frohlocken: „Wir gehören zum Gefühle, wir gehen aus der Pforte hervor; ginge es noch gewöhnlichen Grundfah- den der Menschlichkeit, so würden wir bald wieder in der Pforte liegen. Wir können nur herrschen, wenn wir es verdienen, den Menschen Schrecken einzujagen.“ Wäre ein gnädiges Schicksal es dem deutschen Volk ersparten, daß ein neuer Danton, sei es Liebknecht, Ledebour oder die furchtbare Rosa, ihre Schreckensterrschaft bei den Wahlen durchsetzen.

Sechs Millionen Mark Aufrufschäden.

Durch den Spartakisterror sind in den letzten Tagen in Berlin sehr erhebliche Schäden an Gebäuden usw. angerichtet worden, die nach dem sogenannten Aufrufschaden durch die Stadt Berlin dem Ge- schädigten ersetzt werden müssen. Bis gestern sind, wie man er- fährt, Schäden in Höhe von 6 Millionen Mark angemeldet worden. In hunderttausenden Fällen werden man damit, daß noch weitere Anmeldungen von Schadenersatzansprüchen erfolgen werden.

Die Verluste der republikanischen Schutztruppe.

Die republikanische Schutztruppe nahm in einer Ver- sammlung im Reichstage zur Nationalversammlung Stellung. Dabei wurde mitgeteilt, daß die Schutztruppe, die jetzt 4000 Mann stark ist, in den Kampfen um die Wiederherstellung der Ordnung 165 Tote gehabt hat.

Die Schutztruppe soll zu einer Reichsvolkswehr erweitert werden und ihre Aufgabe würde es sein, in anderen deutschen Städten, die unter sozialistischem Terror stehen, die Republik zu schützen.

Scheidemann über Liebknecht und Rosa Luxemburg.

In einer Wahlversammlung in Kassel, in welcher der Volksbeauftragte Herr-Demonn sprach, behan- delte dieser auch den Tod Karl Liebknechts und Frau Luxemburgs und sagte: Bei Frau Luxem- burg, einer hochbegabten Russin, die pro forma einen deutschen Arbeiter geheiratet hatte, um sich die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben und sich damit vor einer Ausweisung zu schützen, sei ihm der Fanatismus begreiflich, nicht aber bei Karl Liebknecht, dem Sohne Wilhelm Liebknechts, den wir alle verehren. Der nun tote Karl Liebknecht, der sich leider vollkommen in die russische terroristische Taktik einließen ließ, sei gleich der Frau Luxemburg längst kein Sozial- demokrat mehr gewesen, denn den Sozialdemokraten sind die Gehebe der Demokratie heilig, gegen die sich jene auflehnten. Eben jener Aufsehnung wegen und weil sich neben irreführten Arbeitern auch das wüste Ver- brechergesinde an ihre Person gekettet habe, „mussten wir und müssen wir sie bekämpfen“.

Weitere Verhaftungen.

Nach der „Freiheit“ ist Räte-Dunker in ihrer Wohnung festgenommen und nach Moabit gebracht wor- den. Dasselbe gilt von dem Herausgeber der „Aktion“, Franz Bismert, und seiner Frau. Auch der Schrift- steller Karl Einslein und seine Frau wurden ver- haftet.

In der russischen Botschaft.

Eine Patrouille stieß, geführt von Leutnant Bachmann und zwei Unteroffizieren, in der Nacht dem Donnerstag auf den Freitag unter den Plündern auf eine Patrouille aus der Wilhelmstraße, die ihr mitteilte, daß sich im Hause der rus- sischen Botschaft unter den Linden verdächtige Personen aufhielten. Diese, ein zur Verhaftung herbeigerufener Zug und 50 Mann des Kroner-Regiments drangen in die Bot- schaftsräume ein und fanden hier vier Russen, die in einem der Säle beim Abendbrot saßen, vor. Große Mengen von Lebensmitteln, wie Fleischkonferven, Butter, Tee, Zucker usw. im Werte von 15 000 M., wurden vorgefunden, ferner Tausende von russischen Zigaretten und zahlreiche Pakete mit Tabak. Auch große Geldbeträge wurden vorgefunden.

Erzberger über den Ernst der Lage.

In einer Wählerversammlung in Ulm erklärte Staatssekretär Erzberger, daß im Volke wenig Ver- ständnis für den ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage vorhanden sei. Wenn bis Februar keine National- versammlung zusammengetreten könne würden uns un- geheure Verwicklungen der Waffen- stillstands- und Friedensbedingungen drohen, die unserem Volk ein Sklavenjoch auf- hängen würden.

Die deutschen Delegierten zur Friedenskonferenz.

Berlin, 17. Jan. Die Reichsregierung beschloß sich in den letzten Kabinettsitzungen damit, die Delegation zur Friedenskonferenz zusammenzustellen. Zu Leitern der Abordnung bestimmte sie den Staatssekretär des Äußern Grafen v. Brockdorff-Rantzau und den Volks- beauftragten Scheidemann, denen ein Stab diploma- tischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten be- geordnet werden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammen- setzung das neue Deutschland zur Darstellung bringen über die Richtlinien, an die sich die deutschen Vertreter bei der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Arbeit und Abes- einstimmung erzielt worden.

Die Neueinteilung des Reiches.

Wie wir schon mitteilten, soll sich das neue Deutsch- land nach dem Entwurf der Reichsverfassung aus etwa 17 Freistaaten zusammensetzen, wobei Preußen in sieben oder acht Einzelstaaten aufgeteilt werden dürfte. Ge- biete, die mehr als zwei Millionen Einwohner haben, können sich zu einem solchen Freistaat zusammenschließen. In dem Verfassungsentwurf ist vorgeesehen, daß folgende Gebiete sich zu selbständigen Freistaaten zusammen- schließen können: Schlesien und Teile von Polen, Ost- preußen und Teile von Pommern, Brandenburg und Pommern mit den beiden Teilen Mecklenburg, die Stadt Groß-Berlin, Hannover und Vöslin, Westfalen, das Rheinland, Ost- und Westfalen unter Einfluß preußi- scher Gebiete, Thüringen mit dem Regierungsbezirk Erfurt, Baden, Württemberg, Bayern, die Hansestädte und schließlich Ostpreußen und als besonderer Frei- staat die Stadt Wien. Die einzelnen Freistaaten wer- den ihre Landesangelegenheiten nach eigenem Ermessen ordnen können, doch sollen gewisse Grundgesetze in die Reichsverfassung aufgenommen werden, die für alle ver- bindlich sind. Dahin wird unter anderem auch die Art des Wahlrechts gehören, das für alle Staaten des

Reiches und auch für ihre Einzellandtage das für die Wahlen zur Nationalversammlung eingeführte wer-
dürfte. Eine Reihe von Subjektiven wird von dem Reiche vorgegeben, darunter auch die Landesverteidigung. Es dürfte Aufgabe der National-
versammlung sein, bei der Neubildung der verschiedenen
Einzelstaaten bereits bestehende einheitliche Wirtschafts-
gebiete zu berücksichtigen.

Die Reform des Auslandsverkehrs.

Berlin, 15. Jan. Über die Pläne des Grafen Brockdorff-
Rantzau erzählt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß mit
praktischer Arbeit und nicht mit allzu vieler
Organisation und Theorie begonnen werden soll. Es werde
zunächst darauf ankommen, die perspektivierte Verkehrsstatistik und die
Arbeitsweise äußerer Auslandsvertretungen auf wirtschaftlichem
Gebiet zu vereinheitlichen. Das werde geschehen durch Berath-
schaffung aller einschlägigen „Mitglieder“, die den Auslandsverkehr
betreffend des Reiches angeordnet wurden, und deren Anzahl an
einzelnen Werten einen der tatsächlichen Verhältnisse nicht ent-
sprechenden Umfang angenommen hat. Neben der Einschränkung
des Einflusses aufnehmender Reiche werde hierbei vor allem auch
eine erhebliche Erhöhung erreicht werden. Die dadurch frei wer-
denden Gelder können auf anderem Gebiet Verwendung finden.
Das sei um so besser, als eine zeitgemäße Reform ohne Aufwen-
dung größerer Geldmittel nicht möglich ist. Ferner werde es darauf
ankommen, lebendigere Beziehungen zwischen unseren
Auslandsvertretungen und unseren inneren wirtschaftlichen Ber-
echnungen. Und das Bedürfnis unserer Konsulate zu den Gesand-
schaften werde bei den geplanten Arbeiten eine wesentliche Rolle
spielen, und es werde hierbei wiederum als Hauptziel zu gelten
haben, die politische Arbeit der Gesandtschaften endlich mit prak-
tischer Berührung und wirtschaftlichem Verständnis zu durch-
bringen.

Glaubens- und Gewissensfreiheit in der neuen Verfassung.

Wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ er-
fahren, wird durch die neue Verfassung die volle Glaubens-
und Gewissensfreiheit gesichert werden. Die Ausübung
jeder gottesdienstlichen Handlung wird gewährleistet, so weit
sie nicht der öffentlichen Ordnung widerspricht. Andererseits
darf niemand zu einer kirchlichen Handlung gezwungen wer-
den und ist niemand verpflichtet, künftighin seine Zugehörig-
keit zu einer Religionsgemeinschaft zu offenbaren. Die Be-
hörden haben nicht mehr das Recht, danach zu fragen. Selbst-
verständlich bleiben die einzelnen Religionsgemeinschaften den
allgemeinen Gesetzen unterworfen, doch sollen sie ihre eigenen
Angelegenheiten selbstständig verwalten. Keine Religionsgemein-
schaft soll bevorzugt werden. Die überaus wichtige Frage der
Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wird den einzelnen deutschen Freistaaten zur Rege-
lung überlassen bleiben. Hierfür sollen aber durch ein Reichs-
gesetz die Richtlinien festgelegt werden. — Was die Sicherung
der Volkssprache betrifft, so soll künftighin jeder Volks-
teil das Recht haben, seine Muttersprache sowohl beim Unter-
richt wie bei der inneren Verwaltung und bei der Rechts-
pflege innerhalb der von ihm bewohnten Landestheile zu ge-
brauchen.

Für die notleidenden deutschen Kinder.

Berlin, 16. Jan. Das interalliierte Komitee des
Roten Kreuzes in Dänemark erteilte dem dänischen
Roten Kreuz die Ermächtigung, durch sein Berliner
Bureau 500 000 Kilo Lebensmittel, die in Schweden
lagern, sowie dieselben Quantitäten, die das dänische
Rote Kreuz sonst monatlich aus Dänemark erhalten hat,
an notleidende Kinder in Deutschland zu verteilen. Die
Verteilung wird durch die deutsche Wohlfahrtsvereinschaft
mit dem Sitz in Berlin unter Kontrolle des dänischen
Roten Kreuzes vorgenommen werden. Den Vorsitz über-
nimmt Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau. Zunächst
soll besonders die notleidende Jugend in den
Großstädten bedacht werden.

Thronwechsel in Luxemburg.

Luxemburg, 18. Jan. Die Großherzogin Marie Adélaïde dankt
ab. Ihre Schwester Charlotte wird Großherzogin und
leitet am 15. Januar vor der Kammerordnung den Eid auf die
Verfassung. (Prinzessin Charlotte ist 1866 geboren und die zweit-
älteste unter den sechs Töchtern des verstorbenen Großherzogs
Wilhelm.)
Die luxemburgische Regierung veröffentlicht eine Bekannt-
machung, in der sie sich an alle Bürger wendet, zur Aufrechterhaltung
der öffentlichen Ordnung und der Gerechtigkeit. Die
Königliche Regierung hat die Notwendigkeit wirtschaftlicher Verhandlungen
mit dem Verbunde, besonders mit Frankreich und Belgien, an.
Da die Großherzogin beabsichtigt, daß sie nur die Verhandlungen ein-
leiten kann, erklärt sie sich bereit, auf den Thron zu ver-
zichten und kündigt die Regierung, auf Maßnahmen bedacht zu
sein, um die Unabhängigkeit des Landes und das Weiterbestehen der

Aus Kunst und Leben.

* **Reisens-Theater.** Franz Buchach, ein neuer Stern
am Theater-Autoren-Himmel, hat literarischen Erfolg. Das
beweist der vierte Akt seiner „Geschichte eines Lustspiels“, das
den Titel „Die Witwe von Ephesus“ trägt. Die
beiden ersten Akte sind sehr lustig, wenn auch durchaus nicht
neu in der Idee. Aber sie zeigen: gute Kenntnisse für
Bühnenwirksamkeit, viel Sinn für Humor und lassen er-
kennen, daß der Autor hinter den Kulissen zu Hause ist. Für
der Rollen ist es nun einmal gar zu hübsch, in die Werkstatt
der Bühne hineinschauen zu dürfen, feststellen zu können, wie
es in Wirklichkeit in dieser Welt des Scheins zugeht. Der
erste Akt führt in das Bureau des Theaterdirektors, dem
Vielgeplagten, der Publikum und Presse manch lustigen
Schmeichelei ausstellt, das Stück eines Anfängers annehmen
muss — Protektionswirtschaft — und dieses Stück, ein fünf-
aktiges griechisches Drama in Versen, im zweiten Akt auf-
führen lässt. Doch nach Probe zweier Szenen steht der
Theatergewaltige das Stück, „Die Witwe von Ephesus“, ab.
Der Autor ist verzweifelt, denn Henriette Reinbach, die Salon-
dame des Theaters, ist seine Braut. Sie sollte die Titelrolle
spielen, das Werk des Geliebten zum Sieg führen und ihm
gleichzeitig dadurch die Möglichkeit vor sich selber geben, die
Vielgeplagte zu heiraten. Im dritten Akt finden wir das
Paar nun doch verheiratet, trotz des Durchfalls, und sogar
schon nach zweimonatlicher Ehe im Begriff, sich scheiden zu
lassen, und zwar, weil der Dichter, ein reiner Tor, nach dem
Ruf der „Lebenschüler“, an die Reinheit seiner Braut —
übrigens einer jungen Witwe — glaubte und nun zufällig
durch einen Freund einige „Geschichten“ über deren Vorleben
erfährt. Da aber Dürden immer hilft, bekommt der junge
Dichter vom Direktor, vom Dienstmädchen und schließlich
noch von der eigenen Mutter gut zugeredet, das Leben nicht
so schwer, sondern von der lustigen Seite zu nehmen. Und
siehe da: er wendet sich. Wandelt sich von einem Augenblick
zum andern. Legt im Nu die Schwermütigkeit ab und wird
ein lustiger Herr, der zu lachen und zu arbeiten versteht.
Ein Wunder, aber ein falsches Wunder. Hier liegt eine grobe
Kundschäme, die durch den zweiten Akt noch unterfüttert

werden zu verfügen. Die Regierung sei überzeugt, daß die
Aufrechterhaltung der Demokratie eine wesentliche
Voraussetzung für die nationale Selbstständigkeit
darstelle.

Der Ausnahmezustand in Warschau.

Berlin, 17. Jan. Nach hier eingegangenen Nachrichten
aus Warschau hat der polnische Ministerrat mit Rück-
sicht auf die sich mehrenden Unruhen und verschiedenen
Attentate auf das Staatsoberhaupt und einzelne Mit-
glieder der Regierung beschloffen, in der Hauptstadt und im
Kreis Warschau den Ausnahmezustand für die Dauer
von drei Monaten einzuführen. Gleichzeitig wurde das
militärische Standrecht eingeführt. Gerichte über
bewaffnete Anschläge der Sozialisten und des Bundes der
radikalen jüdisch-sozialistischen Revolutionspartei sind im Um-
lauf. — Wie die „Krausener Zeitung „Kupzob““ mitteilt, ist
Faderewski von Pilsudski mit der Bildung eines Koalitions-
kabinetts beauftragt worden.

Tschechische Pläne.

Bern, 17. Jan. Masaryk betonte einem Ausländer
der „Times“ gegenüber die Notwendigkeit einer unmittel-
baren Verbindung Tschechiens mit dem Verbund.
Zunächst durch eine Luftpost-Strasburg-Brug und baldigst
durch eine Bahn, damit der tschechische Staat seine Aufgabe
als Vorposten des Verbundes erfüllen könne. Er teilte ferner
mit, daß Prekburg gemäß Beschluß des Verbundes befeh-
ligt würde, da der tschechische Staat einer Donauhafens haben
müsse. Er wünschte, daß Rumänien zwischen Ostschonien und
Rumänien dem tschechischen Staat einverleibt werde, damit
eine geschlossene Staatenkette Deutschland im Osten absperrt.

Bedrohliche Lage der Sowjetregierung?

Kopenhagen, 14. Jan. Telegramme aus Petersburg belegen,
daß die Bolschewiken in letzter Zeit wiederholt schwere Nieder-
lagen erlitten haben. In der ersten Januarwoche war die Eisen-
bahnlinie Petersburg-Moskau für den Personverkehr gesperrt, da
die Sowjetregierung schleunigst eine Anzahl von Truppen nach
Sibirien befehlte, um ihre dort gelagerten Truppen zu verladen.
Auch sonst drängen alle verfügbaren Meldungen mit immer größerer
Klarheit darauf hin, daß der Stern der Bolschewiken in
Rußland nun fast im Niedergang begriffen ist. Reisende
aus Rußland erklären, daß die Rücklage der Sowjettruppen in
der Ukraine auf die letzten Reste der Bolschewiken einen demoralisier-
enden Eindruck gemacht habe, so daß es sehr zweifelhaft sei, ob
sie noch kampffähig seien. Petersburg sei infolge von Truppenver-
schiebungen nach dem Süden und Osten nun vollkommen von Truppen
entblößt.

Wie es gegenwärtig in Moskau aussieht.

Der Sonderberichterstatter der „Kleine Rotterdamsche Courant“
gibt, der Telegramme und andere, eine dementsprechende Schilderung
der gegenwärtigen Verhältnisse in Moskau, worin es u. a.
heißt: Innerhalb der Mauern dieser Stadt sind, wie aus der Mit-
teilung des russischen Konsulats in London gegen die gegenwärtige
Bewegung hervorgeht, nicht weniger als 25 000 Personen dem
töten Schicksal zum Opfer gefallen. Moskau mag den Ein-
druck einer verödeten Stadt. Hier sieht man Truppen
vorbeimarschieren, wenn die meisten nach der Front gehen, dort
fahren Konvois mit Wägen durch die Straßen, die
einen einen Wechsel ausbilden müssen. Die öffentlichen Plätze
werden als Exerzierplätze benutzt. Den Soldaten wird ein-
geredet, daß jeder für das tschechische Reich jeden Augenblick ein-
stehen müsse. Der Handel mit Lebensmitteln ist streng
verboten und muß im geheimen vor sich gehen; der Verkäufer muß
den Käufer in seiner Wohnung aufsuchen und, wenn er die Über-
zeugung gewonnen hat, daß der Käufer nichts Unrechtes im Schilde
führt, bietet er ihm seine Ware an. Man beginnt die Preisfest-
setzung, und erst nachdem man handelsmäßig geworden ist, geben
Käufer und Verkäufer in ein Haus, wo die Lebensmittelverteilung
ist.

Die anti-bolschewistischen Armeen.

St. Petersburg, 18. Jan. Französische Rundfunk. Die großen anti-
bolschewistischen Armeen befinden sich in den Städten
Sankt Petersburg. Eine Armee von 180 000 Mann, davon
50 000 aus Rußland und 130 000 ehemalige Offiziere der
russischen Armee, hat sich unter der Führung des Generals Denikin
gestellt. Richtig den tschechischen Armee steht eine Armee von Don-
kowsk unter General W. Krasnow, die 200 000 bis 300 000 Mann
zählen. Diese beiden Armeen haben den Kauskasus von Bolsche-
wiken befreit. Das Hauptziel dieser anti-bolschewistischen Kräfte
ist die Erreichung der Verbindung zwischen den Truppen
Krasnows und der tschechischen Armee.

Türkischer Widerstand in Arabien.

Engländer Rundfunk. Wegen der Weigerung, sich gemäß
den Waffenstillstandsbedingungen zu ergeben, haben die Türken in
Arabien Anstoß zur Fortsetzung gegeben. Eine beträchtliche türkische
Streitmacht unter Fethi Pascha ist in Medina, im Gebirge
und in Arafat unter den Waffen erschienen und will sich nach de-
klarationsweise unterwerfen. Die Alliierten haben die
türkische Regierung gewarnt, daß, wenn sich die erwähnten Truppen-
teile nicht sofort ergeben, die Dardanellen sofort noch einander
in die Luft fliegen würden.

wird. Hätte der Autor nun seinen Dichter aus dem griechischen
Drama einen Schwank schreiben lassen, hätte man ihm seine
psychologische Metamorphose gern vergießen. Hier aber will
er ernst genommen sein, in dem neugeschaffenen Lustspiel
„Der Wille von Ephesus“, einem garten Kolossalstück,
das mit viel Geist und Reinheit eine Parodie — aber im
guten Sinne — des vorangegangenen mißglückten Dramas
bildet. Auf den Übermut und Unfinn der drei ersten Akte
wirft das Stückchen jedoch zu sein und bloß und auch etwas
zu lang. Champagner, aus einer Steingutflasche geschüttelt,
wird nicht schmecken, und einen echten Brillanten, in Blech ge-
faßt, wird man leicht für unecht halten. Diese klaffenden Risse
lassen sich nicht übersehen und nicht überbrücken. — Direktor
Dr. Rauch hatte am dem Abend die Spielleitung. Es muß
eine mühselige Arbeit gewesen sein, dem bunten Durcheinander
den rechten Ton, die rechte Farbe zu geben. Die Mitwirkenden
taten, was sie konnten. Es waren teilweise recht gute
Leistungen, die sie boten. So Herr Kiefer als vielge-
plagter Theaterdirektor, Fräulein Hammer als liebreizende,
plante, mandarin ein bißchen nervöse-küsterische Salon-
dame, Herr Brühl vorzüglich als Oberpielleiter, Herr Bugge
famos als Theaterorganist und Herr v. d. Bede unendlich
komisch, ohne zu übertreiben, als etwas übergeschnappter
Theaterdiener. Mit der Rolle des wandelbaren jungen
Dichters quälte Herr Möller sich redlich ab, ohne ihr
stärkere Wirkungen abringen zu können. Fräulein
Sprohr gelang manches recht gut als komische
Witze, und die Damen v. Bendorj, Richter und
Tillmann füllten ihre kleinen Aufgaben gut aus. Es
wäre noch lobend zu nennen der elegante Herr Kammer,
und schließlich, daß besonders die Herren Michels
und Lange, Lüderitz, aber auch Herr v. Farrar fort-
schrittlichen und bestrebt waren, sich dem Ganzen gut ein-
zufügen und unterzuordnen. Die Stimmung im Hause war
vielleicht bis zum Schluß recht heiter.

* Die Ahnen des deutschen Stahls. Im Kriege sind viele
alte Schmiedewerkzeuge und Schmiedewerkzeuge in Ehren ge-
kommen. Schmiedewerkzeuge, die man schon längst für veraltet ange-
sehen hatte, so Handgranaten, Beile, Dolche und Streifen wurden

Die Demobilisierung in Frankreich.

St. Petersburg, 18. Jan. Französische Rundfunk. Die französische
Demobilisierung geht nunmehr schneller vor sich. Die Leute
werden in Abteilungen von 4000 bis 5000 Mann täglich entlassen.
Zunächst werden zunächst Arbeitskräfte für die Industrie. Sobald
es möglich ist, werden die Hauptentlassungen in Aussicht
genommen, die Mitte Februar stattfinden werden, doch läßt
sich das grobe Datum erst nach den Entscheidungen der Friedens-
konferenz festlegen.

Das berüchtigte Ultimatum an Serbien.

Wien, 14. Jan. Staatssekretär Feuer erklärte in einer von der
sozialdemokratischen Partei veranstalteten Wahlversammlung, wie
eine sozialdemokratische Partei, daß das Ultimatum an
Serbien sechs Monate vor dem Entschluß der Friedens-
konferenz, das die Serben nicht annehmen würden können. Es dürfte
nicht geschehen, daß vier Jahren, wie seinerzeit Verdacht, Stürgkh,
Tisza und Lenka, den Krieg anzetteln konnten. Es dürfte
keine Gewalt mehr geben, die nicht vom Volk eingesetzt und dem
Volk nicht verantwortlich sei. Darum müsse man die Wahlen zur
republikanischen Volksvertretung sichern und die Rückkehr der
Monarchie unmöglich machen.

Das Ende der 3. C. G.

Am 1. Januar 1919 sind alle die Einträge von Lebensmitteln
aus dem Ausland über den Warenverkehr der Zentral-
einkaufsgesellschaft von den Wirtschaftsprüfern der für die inlan-
dische Versorgung zuständigen Reichshauptstellen übernommen
worden, die also nunmehr alle die Lebensmittelzufuhr betreffenden
Prozesse zu bearbeiten haben. Damit hat die aktive Tätigkeit der
Zentralwirtschaftsgesellschaft ansehnlich, und ihrer Zentralverwaltung
verbleibt nur noch die Aufgabe, die Abwicklung der noch schwebenden
Verbindlichkeiten fortzuführen.

Untergang eines französischen Passagierdampfers.

800 Personen ertrunken.

Rom, 17. Jan. (Melbung der Agenzia Stefani.) „Journal
d'Italia“ meldet aus Palermo: Der von Marseille nach dem
Südwesten fahrende französische Dampfer „Charroi“, mit
600 Reisenden an Bord, stieg am 14. Januar um Mitternacht
gegen eine treibende Mine und sank nach einer furchtbaren
Explosion innerhalb vier Minuten am Eingang der
Meerenge von Messina. Der englische Dampfer „Cageston“
konnte ungefähr 160 Schiffbrüchige retten. Die Zahl der
Opfer wird auf 500 geschätzt.

Rom, 17. Jan. Nach einer Meldung der Agenzia Stefani
sollen bei dem Untergang des Dampfers „Charroi“ acht-
hundert Personen ertrunken sein.

Wiesbadener Nachrichten.

Der Wahltag.

Es war der erste Wahltag an einem Sonntag,
der unserer heutigen Generation für deutsche Parlaments-
wahlen gedenkt. Die Regierung über hat damit eine alte
sozialdemokratische Forderung erfüllt, die aber, wie fast beim
Wahlsonntag, durch die Ereignisse überholt ist oder doch in
ihrer einstigen Bedeutung wesentlich verloren hat. Unter
unseren jetzigen durch Vorensmangel und Notwendigkeit ein-
geschränkter Betriebsverhältnissen ist nicht nur bei uns im be-
festigten Gebiet, sondern in fast allen deutschen Städten das
öffentliche Leben des Sonntags kaum noch von dem des
Wochentags zu unterscheiden; wenn es dunkel wird, dann ist
in meisten Betrieben Feierabend. Der eigentliche Zweck also,
der großen Masse der Arbeiterschaft das Wählen zu erleichtern,
trat am ersten Wahlsonntag nicht sehr in den Vordergrund.
Aber dennoch hielten wir aus vielerlei anderen gewichtigen
Gründen den Sonntag für die Wahlen zum deutschen Parla-
ment geeigneter als einen Werktag und möchten wünschen,
daß er auch künftig beibehalten werden möge.

Die Probe aufs Exempel ist gemacht, und zwar, so weit
wir beobachten konnten, gut ausgefallen. Die Befragungsbö-
rden hatten sich in ansehnlicher Weise ganz zurückge-
halten. Nach der starken Bewohung der einzelnen Wahlver-
sammlungen hatten viele geglaubt, nun am Sonntag vor den
Wahllokalen französische Bezeichnungstruppen postiert zu sehen;
das war aber nicht der Fall und auch erfreulicherweise nicht
nötig; es genügte überall ein Schutzmann, wie es sich
jetzt in so überaus wieder gezeigt hat, daß trotz der in den
vorhergehenden Tagen so hochgehenden Proben der Wahlbe-
wegung und dem dabei so heftig zum Ausdruck kommenden
Widerstreit der Interessen die Bevölkerung in Wiesbaden
Ruhe und Ordnung zu wahren weiß.

Die Wahl selbst verlief außerordentlich glatt und zufrieden-
stellend. Auf den Straßen zeigte sich fast das gleiche Bild
wie bei den Reichstagswahlen: Auf Schritt und Tritt belam
man Wahlzettel in die Hand gedrückt, und an den Auslagen-
säulen schillerten in allen Farben die Aufrufe der einzelnen
Parteien. Mit den Worten „Wahlvergeßungstag“ drohen

den wieder knurrte, und auch auf den Stahlschirm kam man als auf
einen bewachten Ort gegen Springminen. Der Schutz des
Kopfes durch den Helm ist nicht. Es ist in frühen Zeiten war er
im Gebrauch, nicht nur, weil er den Kopf schützte, sondern weil
er auch geeignet war, das feigste Aussehen des Soldaten zu
bedecken. Wenn auch unter deutscher Stahlschirm, der im gegenwärtigen
Kriege so reichlich verwendet wurde, erst jetzt aus Leinwand und
Kunst in seiner gegenwärtigen Gestalt konstruiert wurde, so geht
die Form doch auf alte Vorbilder zurück, und Beispiele, die sich in
den Museen finden, zeigen uns in beachtlicher Weise diesem Haupt-
mittel moderner Kriegführung. Es gibt noch zahlreich griechische
und römische Helme in unseren Sammlungen, sowohl Originalen
wie auch Repliken aus Statuen der Krieger oder Herrscher.
Diese griechischen und römischen Helme zeigen fast alle einen über
die Stirn laufenden Kamm, der aus dem Hinterkopf aufnahm.
Ein deutscher Stahlschirm sieht dieser Figur, weil der moderne
Helm ja nicht mehr zum Schutz gegen Pfeile dienen soll. Er
ist vielmehr ein sogenannter Giebelhelm, der den primitiven Helmen
früherer Zeiten sehr ähnlich ist. Die größte Ähnlichkeit mit unserem
Stahlschirm findet Dr. F. Kautz in einer in der Zeitschrift „Aus
dem Osten“ veröffentlichten Studie, in dem deutsch-griechischen
geschmiedeten Eisenhelm, der auch Schallern oder Schallern genannt
wurde. Nur daß der Schallern weit und ein Biber befahl, das
im Kampf heruntergeschoben wurde. Die Konstruktion gegen frühere
Helme beim Schallern befand in dem weit ausladenden Nacken-
schutz, mit dem auch der deutsche Stahlschirm versehen ist, nur ist er
hier bei weitem kürzer, als bei den griechischen Helmen. Unser Stahlschirm
hat an der Seite je ein kleines Lüftung, das einen erhöhten
verfügbaren Raum gibt. Diese kleinen Lüftung dienen zum Fest-
halten eines bestimmten Stirnschutzes, einer Stahlschirm, die hinten
mit einem Kriem an dem Helm festgehalten wird. Da der Stirnschutz
auch das an sich schon bedeutende Gewicht von 1865 Gramm des
Helm erhöht wird er nur von Verbandsstoffen oder Wollstoffen angelegt.
Der französische Stahlschirm ahmt mit seinem Bogen den
Leinwand Helm der Ruinart an, er ist fast um die Hälfte
leichter als der deutsche. Zu Anfang des Krieges trugen die fran-
zösischen Krieger den Giebelhelm, der aber nur geringen Schutz bot
und auch bald abgeschafft wurde. Solche Helme wurden schon im
17. Jahrhundert von französischen und deutschen Kavalleristen unter
dem Namen getragen. Auch Friedrich Wilhelm, der große Krieger,
hatte einen solchen beschützenden Helm, der im Innern
eine Stierhaute barg. Dieser Helm wird im Oberwäldchen-Museum
in Berlin aufbewahrt. Dort wird auch noch ein anderer über
2 Fuß langer Helm ausgestellt, den der Große Kurfürst in den
Kriegsjahren von 1642 bis 1648 getragen haben soll.

die Unabhängigen Sozialdemokraten, „Was will das Zentrum“, heißt es nicht nebenan auf einem anderen Plakat, in aufdringlicher gäster Farbe läßt sich da gleichfalls die Deutsche Volkspartei vernehmen und in ganz großen Lettern wird zur Wohl der demokratischen „Echte Luppe“ aufgefordert. Leider sind die meisten der Plakate und Flugblätter für den Arbeiter keine erquickende Lektüre, als Kinder des flüchtigen Augenblicks entbehren sie vielmehr sehr der Schönheit und der Originalität.

In den einzelnen Wahllokalen ging es, je nachdem wie groß die Wählerzahl war, bezw. wie viel Bezirke dort zu wählen hatten — im städtischen Realgymnasium und in der Schule am Vossplatz wählten z. B. je 4, in der Schule am Schloßplatz 3 große, in der Bleichrotenstraße 8 Bezirke — mehr oder weniger lebhaft zu. Während von Zettelverteilerin, alle mit ihrer Wahlparole an der Brust — ganz besonders augenfällig bei den Damen —, sowie andere mit riesengroßen Plakaten auf Stangen belagerten die Schulen und füllten die Gänge zu den Wahlzimmern. Eintausendartig prasselte hier der Papierregen auf die wahlbesessenen Bürgerherab. Nur schade für das viele Papier, was da in unserer roßstocherischen Zeit verloren ging. Aber es muß schon so sein an diesem hochwichtigen Tag, der für Deutschlands politische Zukunft so bedeutungsvoll ist. Man braucht sich indes nicht zu wundern, wenn über kurz oder lang die Zeitungen vorübergehend noch etwas dünnere werden sollten.

Einem ganz neuen Zug hat das Wahlbild durch die Teilnahme des weiblichen Geschlechts bekommen; wenn es dadurch, daß, wie schon erwähnt, unsere Frauen und Mädchen vielfach als Helferinnen der einzelnen Parteien auftraten, was sich ja übrigens auch schon bei den Wahlversammlungen zur Geringe zeigte, sondern durch den Aufmarsch ihrer Massen. Man bedenke: In Wiesbaden, wo es bei der Reichstagswahl am 12. Januar 1912 im ganzen 24 000 Wahlberechtigte gab, hatten gestern von 72 000 Wahlberechtigten 28 000 Männer und nicht weniger als 44 000 Frauen und Mädchen zu wählen. Die große Begeisterung der Wähler mußte gestern also nicht, wie sich eine Wahl tollgug. Daß sich dabei allerlei heitere Zwischenfälle ereigneten und die Wahlkörbe ab und zu lässliche Minuten erlebten, bis besagene Mädchen oder Frauen hinter dem Verschlag ihren Stimmzettel im Briefumschlag und glücklich in der schmalen Einwurfschneise der Wahlurnen hatten, läßt sich denken. Aber merkwürdig, alle — von Ausnahmen natürlich abgesehen — mußten offenbar ganz genau, wen sie zu wählen hatten! In großen Scharen sah man unsere Frauen und Mädchen herankommen, und in den einzelnen Wahllokale sah man das holde Geschlecht deutlich überwiegen. Den Eindruck mußte man jedenfalls gewinnen: Diese Wahlbevölkerung wird, wenn auch nicht von den Frauen geschlossen, so doch mit ihren Stimmen entschieden!

Wenn man die Theilnahme der Bevölkerung im allgemeinen an der Wahl nach dem Strafenleben beurtheilen darf, dann ist man zu dem Urtheil berechtigt, daß sie, selbstverständlich auch unter Berücksichtigung der bedeutend größten Wählerzahl infolge des Frauenwahlrechts und der Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre, überhaupt eine große war, wie überhaupt das politische Interesse dem Geiste der neuen Zeit entsprechend ganz erheblich gewachsen ist. In Droschken und Automobilen — die meist vielmehr für die Wahlleiter reserviert blieben — ist diesmal niemand geholt worden, allenfalls kam gegen Abend noch ein kleiner Pott ins Haus gefahren, der „in letzter Stunde“ an die Wahlpflicht erinnerte. Es waren aber augenscheinlich nicht gar zu viele, die auf sich warten ließen, diejenigen, die wählen wollten, waren bestrebt, möglichst frühzeitig zu wählen, und so ist es wiederum etwas Neuartiges bei dieser Wahl, daß gerade in den letzten Stunden am meisten gewählt wurde. Schon am späten Nachmittag flaute der Trübel ab und versetzte sich in den Restaurants und die Stundquartiere der Parteien, wo das Ereigniß mit größerer Spannung als früher erwartet und erortert wurden. Das Ergebnis in Wiesbaden (ohne Landkreis) hat sich inzwischen als ein großer Waffensieg der Deutschen demokratischen Partei herausgestellt, aber ebenso wichtig ist es diesmal, zu wissen, wie viel Stimmen im ganzen Wahlkreis Plessen-Rastau auf die einzelnen Parteien entfallen sind. Das wird naturgemäß heute etwas länger dauern als bei den Reichstagswahlen, aber wenn das Ergebnis heraus ist, dann sehen wir gleich klar, denn Stichwahlen gibt es unter dem Verhältniswahlsystem nicht.

Am Tage vorher

hielten alle großen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemo-
kratie, die freilich (wie berichtet) erst am Freitagabend ihre
Aubänger zusammenberufen hatte, noch einmal Wähler-
versammlungen ab, denen zwar heute noch vollzogener
Wahl für die deutsche Nationalversammlung nicht mehr das
große Interesse zukommt wie den ersten, aber im Hinblick auf
die Wahl zur Preussischen Nationalversammlung am nächsten
Sonntag immerhin noch bemerkenswert genug erscheinen.

Die Preussische demokratische Partei kann mit Stolz auf ihre letzte Durchsicht vor dem Wahltag zurückblicken. Die Räumlichkeiten der Zureichschloß waren wieder überfüllt. Neben der Abende war der hessische Kandidat der Partei, Ketter Freidenstein, dessen eindrucksvollen Ausführungen wir das Folgende entnehmen: Der Reiz der Revolution kann nicht dauern, er muß durch ein neues Gebäude ersetzt werden, was aber nur möglich ist, wenn die stützenden Kräfte unserer Weisheit widerwärtigen werden. Wir müssen uns nicht darauf berufen, daß der Mensch eine Persönlichkeit für sich ist und wir dürfen auch den Glauben an die großen Gerechtigkeit nicht verlieren. Wir müssen vor allem daran glauben — daran der Rechner weiter —, daß das deutsche Volk noch eine Zukunft haben und als volkreichste Nation in dem großen Weltall und zum Behen der Menschheit mitwirken wird. Der Rechner erklärte dann, was die Deutsche demokratische Partei von den anderen Parteien trennt und bezeichnet es als im höchsten Maße letzerlich, daß das Fortschritt auch während des Kampfes es fast rüchig gemacht habe sich mit den grundlegenden Fragen zu befassen, wie das neue Reich aufgebaut werden soll. Die Deutsche demokratische Partei sieht, wie der Rechner hervorhebt, sich auf dem Fieber der deutschen Volksempfindung, aber sie beabsichtigt einzuwirken jede Rückschritt. Die Unzahl der kleinen Staaten, besonders in Thüringen, muß besetzt werden und dafür ein großer Staat Thüringen entstehen. Während wäre aber, wenn alle Bundesstaaten befreit würden. Das heißt unsere ganze geschichtliche Entwicklung entgegen, auch praktische Gründe sprechen dagegen. Ebenso würde die Forderung Preußens politisch gefährlich sein, es würde dadurch auch ein einheitlicher Fortschrittismus gefährdet werden. Das Reich muß selbstverständlich ein Volksbau sein und das Wahlrecht sollte unverändert bleiben. Nur wäre die Voraussetzung des Wahlalters um einige Jahre zu empfinden. Die Wahl des Präsidenten der Republik soll durch das Volk selbst erfolgen, um ihm eine starke Stellung zu geben. Auch im Innern muß sich die Vertheilung durchsetzen. Die ist beispielsweise zu fordern im Schulwesen. Die Volksschule muß in organischer Zusammenhang mit dem übrigen Schulwesen kommen, unter befähigte Lehrer muß durch Unerfahrenheit des Unterrichts ein Aufbruch zu den höheren Schulen haben. Der Lehrer muß in Zukunft auch wirklich der Behälter werden. In gleicher Weise muß eine Demokratisierung des Beamtenwesens stattfinden. Dem übrigen Beamten und der Unter- und Mittelschulen muß der Aufstieg in die höheren Ämter möglichst gemacht werden, auch hier muß es heißen: freie Wahl dem Individuum. Dem Kanton steht das Wahlrecht nach unserer Verfassung zu. Die haben sich auch vertrieben durch ihre unrichtigen Ansichten während des Krieges. Die demokratische Partei will den überaus Gebanten der

freien Entfaltung des einzelnen verkörpern, ebenso aber auch den sozialen Gedanken des Schutzes des Schwächeren und den nationalen Gedanken eines ständigen freien Deutschlands. Jedem Vorgesetzten auf deutscher Erde eine Ehre, die gekrönt ist durch Frieden und Freiheit, durch Arbeit und Ehre! (Anhaltender Beifall.) Die Versammlungsgemeinde lag in den Händen von Direktor Dr. Böser, der in seiner Einleitung nochmals auf die Frage der verbundenen Listen zurückkam. Es handelt sich dabei lediglich um eine taktische Frage in dem ganzen Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Wenn die Verteilung in Frankfurt die verbundenen Listen ablehnte, so habe sie dafür ihre kollektiven taktischen Gründe gehabt. Das Zentrum und die Volkspartei hätten es trotzdem für gut befunden, die Front gegen uns zu nehmen und so den ganzen Wahlkampf zu verfehlen. Die Partei dürfe sich dadurch aber nicht irre machen lassen, der Wahlsinn müsse sein: durch die Partei für das Vaterland!

Die Deutsche Volkspartei trat in letzter Stunde mit einem bedenklichen Rückert hervor. Sie hatte Herrn Geh. Justizrat Dr. Richter, eine nichtbekannte Größe auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiet, für ihre öffentliche Wahlerwerbssammlung gewonnen, mußte sich aber mit der Teilnahme in der Volksanfrage begnügen, die freilich, wie zu klein ist, um einen Mann wie Richter geläufiger zu Wort kommen zu lassen. Die wirtschaftlichen und namentlich die wirtschaftspolitischen Anschauungen Richters (sind durch seine jetzige Tätigkeit als Vorsitzender des Danzabundes und des Zentralverbandes des Deutschen Bau- und Konfektgewerbes) hindern bekannt und so war es denn auch eine ganz besonders gründliche Abwägung, die er mit den Sozialisierungs- und Gesellschaftsreformforderungen der Sozialdemokratie hielt. Auch gegen zahlreiche andere übertriebene und übertriebene Forderungen der Sozialisten trat er mit gewichtigen Bedenken auf, äußerte ferner scharf und begründete Kritik gegen die beabsichtigte Trennung von Staat und Kirche und richtete eine eindringliche Mahnung an die Jugend, im Geist der neuen Zeit dem Vaterland zu dienen. Der Redner beehrte reicher Beifall am Schluß seiner Ausführungen. Herr Statist. Krüger, der die Versammlung leitete, forderte zu vorläufiger Wählarbeit auf.

Die Centrumswahlversammlung im oberen Saale des Gesellschaftsraums war gleichfalls überfüllt und nahm wieder den harmonischen und lebhaftesten Verlauf, durch den sich alle Versammlungen der Centrumspartei in Wiesbaden auszeichnen, da dieselben hier von den Anhängern anderer Parteien freundlich gemeldet werden und es so auch zu feinerley Zwischenrufen oder sonstigen gegenwärtigen Verleumdungen kommt, im Gegentheil allerdings vom Abheben. Wo es in den Tagen vor der Wahl in verschiedenen Rathelversammlungen zu heftigen Auseinandersetzungen mit Sozialdemokraten gekommen sein soll. Die Redner der Sonntagerversammlung, Professor Bauer und Maxxer Dr. Hüfner, abkündeten, von großem Beifall beglückt, erneut die politische Lage vom Standpunkt der Centrumspartei und der gläubigen Christenwelt. Remittent der letzte Redner wies laut dem Centrum als christliche Volkspartei, die allein in wahrhaft edler Weise und ohne Hinterzanken die Rechte der Kirche vertheidigte. Ganz besond. sehr heftig wendte sich Maxxer Hüfner gegen die Sozialdemokratie, die die Grundgesetze unseres Vaterlandes untergraben und Ordnung und Ehre in Gefahr gebracht habe. Er mahnte, sich durch diese Sozialauspöthe in verschiedenen Städten nicht von der Wahl abhalten zu lassen und auf Taufeldungsverluste besonders zu achten, da der Stimmzettel gerade bei dem jetzigen Verhältnismäßigem eine ganz andere Bedeutung habe als bei den früheren Wahlen. Der Redner wendte sich zum Schluss besonders an die Frauen und Mädchen, sich ihrer Pflicht als christliche Wählerinnen wohl bewußt zu sein.

Eine stark besetzte Versammlung für Inhaber und Angehörige von Hotels, Pensionen, Gastwirtschaften, Concerthallen und Krankenhäusern fand Samstagabend um 8 Uhr im großen Saale der „Warburg“ statt, in der Landesdirectat Dr. Zander das Referat übernommen hatte. Der Redner sprach diesmal nicht als Vorsitzmann und wollte auch nicht versuchen, wie er einkleitend bemerkte, die Teilnehmer zu irgend einer Partei zu überreden, sondern rein sachlich die politischen Folgen der Gegenwart erörtern. Er verglich unseren jetzigen Rückgang mit den traurigen Ereignissen des Jahres 1806, hoffte aber, daß wie damals, so heute Deutschland sich wider jein Macht und Ansehen durchringen werde. Der Redner schilderte dann die innerpolitische Entwicklung in Deutschland, die sich gegenwärtig zu einem Kampf zweier Weltanschauungen zwischen den Vertretern der bisherigen wirtschaftlichen Auffassung und dem Sozialismus ausgeprägt habe, der bei den Wahlen zur Rationalversammlung ganz besonders die Entscheidung trete. Er gab dann einen Überblick über die Lagen im allgemeinen und insbesondere in Oesterreich, die einzelnen Parteien und ihren Beschreibungen, die Grundzüge des Verhältnissystems und würdigte eingehend die große Bedeutung der Frauen und Mädchen, als Arbeiterinnen. Zum Schluss erörterte er an Hand statistischer Beispiele den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands unter dem jetzigen Regierungssystem und wies hierbei die Falschheit des Kapitalismus und des Unternehmertums nach. In der sich anschließenden Diskussion wendete sich zunächst ein Redner gegen die Anschuldigungen des Referenten, namentlich soweit sie sich auf seine Anschauungen über Kapitalismus und Unternehmertum bezogen und wies die rüder letzten Widerspruch zahlreicher Versammlungsteilnehmer festige Vorurtheile gegen die Inhaber luxuriöser Hotels. Während dieser Rede und bei der hierauf folgenden Versammlungsleiter's dem Herrn mehren Abkündigung über einen Antrag, die Rededzeit auf 2 Minuten zu beschränken, der abgelehnt wurde, zeigte sich, daß die Versammlung in der Mehrzahl von Angehörigen besteht, wozu deren Vertreter dann auch im großen und ganzen die weiteren Diskussion beizubringen.

— **Lebensmittelverteilung.** Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe befindet sich der Verteilungsplan für die kommende Woche. Abiraggebliebene Marmelade dürfen die Kleinhändler marktfrein an Verbraucher abgeben, jedoch unter keinen Umständen den festgesetzten Kleinhändlerpreis von 1,10 M. je Pfund überschreiten. Der Preis für Margarine mußte leider erhöht werden, da die Stadt, um die weitere Fettversorgung der Bevölkerung unter den gegenwärtig schwierigen Verhältnissen überhaupt aufzugustellen, beim Einlauf der Speisefette zum Teil hohe Preise aufwenden mußte.

— **Rentezulagen.** 1. Allen Empfängern einer Altersrente wird für die Zeit vom 1. Januar 1918 bis zum 31. Dezember 1919 eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage von 8 M. zu ihrer Rente gewährt, sofern sie nicht Ausländer sind, die sich im Ausland aufhalten. 2. Die an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrente für das Jahr 1918 bewilligten Zulagen werden für das Jahr 1919 weitergezahlt, ebenso die auf Antrag bewilligten Zulagen zu Verleihenrenten. Gordrude für die Zulageantragstellungen verabfolgen die Postleitzentrale und das Versicherungsamt. Weitere Auskunft wird am Schalter für die Rentezahlungen (Postamt 1, Abenteitrag) erteilt. Die Zulagen für Januar werden gleichzeitig mit den für Februar fälligen Beträgen gezahlt.

— Vereinbarungen über den Abbau der Frauenarbeit
sind zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands und dem Zentralverband der deutschen Konsum-
vereine getroffen worden, wodurch den Kriegsteilnehmern, in
erster Linie den Verheirateten, wie auch Lebigen, die Familien-
angehörige zu versorgen haben, die erforderlichen Stellen frei-
gemacht werden sollen. Es sollen darnach die nach dem Dienst-
alter an Stelle von Männern beschäftigten Frauen entlassen
werden: 1. Frauen, deren Männer Arbeit haben, 2. Frauen
und Mädchen, die keine Angehörigen zu versorgen haben,
3. Mädchen und Frauen, die nur 1 bis 2 Personen zu ver-
sorgen haben, 4. alle übrigen Frauen und Mädchen.

Die Volkskräfte wurden grössten und zahlreichsten. — Die Volkskräfte, welche im Lauf des Kriegs durch den Magistrat errichtet worden sind, bleiben zunächst noch bestehen. Die Volkspreisenliste im „Friedensjahr“ (Mittelschindische) wird zum 1. Februar nach der Ringgasse in das Restaurant „Terminus“ verlegt.

-- Ein Schwindler. Die Polizei läßt vor einem Rucker warnen, der sich erbietet, aus Kloppenheim Lebensmittel (Spez, Futter usw.) beschaffen zu wollen und dann wenn er von Gutgläubigen das Geld dafür erhalten hat, sich nicht wieder sehen läßt. Auf diese Weise hat er Leute um 150 M. und um 400 M. geprellt.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

we Viehbr. 16 Jan. In der vergangenen Nacht ist der französische Konsul aus einem Goldhaufe an der Wiesboder Straße von unbekannter Seite ein größeres Quantum Beizig gestohlen worden. — Gestern nachmittag hieß in der Rathhausstraße ein Fußwagent auf Wiesboden mit der Straßenbahn zusammen. Der Fußmann trug dabei Verletzungen davon. In dem Wagent wurde die Leiche zertrümmert und ebenso an dem Wachbureau der Feuerbrüder Partei die Erschüsse, weil der Wagen drathin gefahren wurde.

denen endlich gehiebert wurde.
 28 Erbeheim, 29 Jan. In den letzten Wochen war der Umsatz an Immobilien ein äußerst lebhafter und zeigte, daß sie während des Krieges reger um das Doppelte im Werte gestiegen sind. So verkaufte der Seidmacher H. Christian noch $5\frac{1}{2}$ Morgen Niederland zu 15.000 M. und der Landwirt Heinrich Friede, Stein elände für 15½ Morgen 79.000 M. — Das in der Braunkohlstraße belegene Erbhaus der Erben des verstorbenen Tischlers Christian Häuser ging zum Preise von 7000 M. an den Tagelöhner Steffen über — Ebenso wechselten drei Landhäuser an der Wiesbadener Straße ihre Besitzer.

Wc. Dotheim, 18. Jan. Dieser Tage war hier in einer Justalbewehrten Wählerversammlung nach der Wahlbewerbe eingeladen. So hatte ich auch ein jährliches Publikum eingeladen. So waren aber weder der als Redner aufgebotene Herr, noch sonst jemand, der ein Axiom hätte erläutern sollen, erschienen, und nachdem man rund zwei Stunden gewartet hatte, ging die Versammlung wieder auseinander.

Die k. Bierkade, 77, Jan. Aus. in den letzten Tagen ist das Immobilien-Geschäft hierseits sehr still gewesen. Bauunternehmer Philipp Schäfer verkaufte seine Villa in der Anstalts-
straße 1 an Bräukönigler Eschmeyer hierseits. Der Schreiner
Theodor Seib erwarb das dem Bauunternehmer Ludwig Piereich
verbliebene, in der Wilhelmstraße gelegene Wohnhaus mit Werkstätten
zum Preise von 21 000 M. Der Ländler August Strich kaufte das
dem Inhalateur August Wöhrer gehörige Wohnhaus Wiesbadener
Straße 13 zum Preise von 47 000 M. David Dörborn verkaufte
sein Wohnhaus in der Taunusstraße an Herrn Böge zum Preise
von 15 650 M. Der Metzgermeister und Wirt August Gerbard zu
Wiesbaden veräußerte sein in der heiligen Wiesbadener Straße 27
gelegenes Wohnhaus an den Metzgermeister Dunschaufen zum Preise
von 24 000 M. Der Tücher Julius Schäfer kaufte von Maurer-
meister Wilhelm Meier das Wohnhaus Kollerstraße 4 zum Preise
von 20 000 M. — Die Annahme, daß die Grundstückspreise nach
oben werden; scheint — wenigstens für das Land — eine irrige
zu sein; in der heute stattfindenden Grundstücksverpachtung der
Höfse Karl Wilh. Aloß wurden so hohe Pachtpreise erzielt, wie
noch nie am Ort. Unter 3 M. per Moterrute ist nichts verpachtet
worden. Ein Acker am Schäfershof von 17 Ruten kam auf 75 M.
und ein Stück Land am Pfingstenborn von 444 Ruten sogar auf
100 M. Dabei sind die Pachtbedingungen für den Pächter keineswegs
sonders günstig.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

ht. Frankfurt a. M., 18. Jan. In der Person des Straßen-
rentiers Carl Schmitt verhaftete die Kriminalpolizei ein
Hauptverdächtigten im mutmaßlichen Mörder des am Donner-
stag früh erschossenen Schuhmachers Gieseler. — Bei der
Erfolgung von vier Einbrechern, die das Bürger-
rechtlich Dienstlosgemacht auftraten wollten, schloß einer der Ein-
brecher einen Kastenmann durch einen Schlag in die
Haut nieder. Zwei Einbrecher konnten nach hartem Kampfe
ermittelt und verhaftet werden. — Im Stadteil Adelsheim
wurden kürzlich nachts die mit Gewehren bewaffneten Wächter
der Gießpolizei dabei überfallen, als sie nämlich: kurz vorher an-
gekündeten Wächterlasten verschiedener Portieren abriefen und ver-
stärkten. Die schamlos Unordnungsübertreuer kamen bei dem Polizey-
assistenten zur Anzeige. — Unter der Vertreibung, der Wä-
cher nach Pöck übermachen zu müssen, besetzten französische
Soldaten den in der neutralen Zone belegenen Vorortbahnhof
Adelsheim.

ht. Höchst a. M., 18. Jan. Der Führer der unabhängigen
gelben Ruten, Kaiser Stabler-Ried, wurde wegen Verletzung
in Wollspinnstücken ohne Erlaubnis des französischen Orts-
mandats zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt.

Sport.

* Sur „Reorientierung im Rennsport“ hat, wie das „Sportjournal“ schreibt, der „Verein deutscher Vollblutzüchter und Rennstallbesitzer“ bereits seit längerer Zeit die Initiative ergriffen und in einer Reihe von Sitzungen wichtige Beschlüsse gefaßt. Es soll in Kürze und sobald es die zeitlich noch ungünstigen Fohlenzuchtverhältnisse, zulassen, eine Verammlung aller Rennstallbesitzer, Züchter und Vereinsvorstände einberufen werden, zu dem Zweck, aus der Mitte dieser Interessengruppe heraus eine neue oberste Rennbehörde zu wählen. Neben diesem Hauptpunkt bearbeitet diese Kommission alle wichtigen Fragen der Reorganisation des Rennbetriebs, u. a. auch Trennung von Flach- und Hindernissport, Lizenzierung der Rennstallbesitzer, Futterbeschaffung, Wetten, Regelung der Trainer- und Jockeyfrage, der staatlichen Weisheit und des Größtder Rennhalls. Besonders zu begrüßen ist es, daß für diese Arbeit die Gemeinschaft des Unionsklubs, der bisher die autoritäre Gewalt über den deutschen Rennsport ausübte, gesucht und gefunden, womit jeder anderen radikalen Bewegung im Rennsport die Spitze abgedroht sein dürfte.

* **Schau.** Bei der im Schachverein Anderßen in Frankfurt a. M. stattgefundenen Simultanvorstellung gewann Herr Fris Träger elf Partien, remissierte drei und verlor nur eine einzige.

* Schwimmen. Die beiden höchster Schwimmvereine haben sich ausmergeschlossen und führen den Namen „Schwimmvereinigung Höchst a. M.“.

Gerihtsiaal.

FC. Ihren Mann des unaufrichtigen Mordes in der Hohl bei Biedrich beschuldigt. Biedrichen, 17. Jan. Eine längere Freizeitskrasse hatte Ende August d. J. die Frau des sahmstüchigen Einbrechers Eilshagen in Biedrich verheiratet. Als sie wieder auf freien Fuß kam, war ihr erster Gang zur Polizei und beschuldigte dort ihren Mann eines im Jahre 1906 in der Hohl bei Biedrich begangenen Mordes an einem Manne und an einer Frauensperson. In mehreren Freizeitskrassen gab Frau Eilshagen Eilshagen genau den Vorgang des Mordes an, wie ihn ihr Mann ihr seinerzeit in trunkenem Zustand mitgeteilt hatte. Bald darauf jedoch widerrief sie die Aussage, die sie kettlos aus Rache und Eifersucht gemacht, als vollständig unecht und aus der Luft gegriffen. Wesen wissentlich falscher Anschuldigung hatte sich heute die Frau vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sie wurde in eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Der Anwalt hatte ihren Monat freigesprochen. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus, weil die Falschbildung besonders frag lag.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptredakteur: W. Segerborg.

Verantwortlich für den Inhalt: H. Hegerdorff; für vollständige Nachrichten:
H. Schmitz; für den Unterhaltungsstoff: H. v. Hauendorf; für den
lokalen und provinziellen Teil und Gerichten: C. H. W. Sch.; für den
Roman: W. Sch.; für die Kunst- und Fleißarbeiten: H. Dornau,
hauptsächlich in Wiesbaden.
Verlag des H. Schellenberg'schen Buchdruckers in Wiesbaden.

Spezialkarte der Schifffahrt 18 bis 1. März.

KinephonTel. 140. Theater Tel. 140.
Taunusstr. 1, nahe Kochbrunnen.**RESSEL ORLA**in
Die Krone des LebensDie Tragödie einer schönen Frau
in 4 Akten.**HANNI WEISE**in
Die Nichte des Herzogs.

Urfrühes Lustspiel in 3 Akten.

Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr, Ende 10 Uhr.

MonopolTel. 140. Lichtspiele Tel. 140.
Wilhelmstr. 8, Haltestelle Rheinstr.**Hella Moja**in:
Weine nicht, Mutter.

Das Drama einer großen Liebe. 4 Akte.

FREDERIK BUCH

als „Knoppchen“ in

Das schwarze Gespenst.

Köstlicher Schwank.

Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr, Ende 10 Uhr.

THALIA-THEATERMODERNES U. GRÖSSTES
LICHTSPIELHAUS
KIRCHGASSE 72 - TEL. 6137

Ab heute Montag

Der neue Kinostern**:: EVA MAY ::**(Tochter des Mia May)
in dem glänzenden Schauspiel**Sadja.**Endlich zu Zweien.
Schwank mit Jos. Schildkraut.**Thalia-Theater**Größtes Lichtspielhaus
Kirchgasse 72. Teleph. 6137.
Wegen des glänzenden Erfolges noch
einige Tage verlängert!**Peer Gynt**nach dem gleichnamigen Drama von
Henrik Ibsen.1. Teil: **Peer Gynt's Jugend!**Drama in 1 Vorspiel und 4 Akten.
Das monumentalste u. gewaltigste
Filmwerk der Gegenwart!

Verstärktes Künstler-Orchester!

Spielzeit: 8-10 Uhr.

Dienstag, 21. Januar: **Eva May** (Tochter der
Mia May) der neue Kinostern.**Eden-Diele!**

Taunusstraße 27.

Vornehmes Familien-Lokal.

Eröffnung

Donnerstag, den 23. Januar 1919.

Künstler-Konzert.

Erstklassige Getränke.

Inh. Frau Heinrich Braun, Wwe.

Park-Diele

Wilhelmstrasse

Ab 18. Januar 1919

Täglich:

Künstler-AbendeAmelia Berga
Nelly v. Manovada-Pirchhof
Dodo Daalen
Karl Eggers-Dechen
u. a. m.

Kapelle de Poli.

Anfang 7 Uhr

Vormals

U. 9

Marktstrasse 26

Weinstuben und Kaffee

Täglich die beliebten

Künstler-Konzerte.**Deutsche Demokratische Partei.**

Die Geschäftsstelle des hiesigen Wahlvereins befindet sich:

Kirchgasse 74, I.

Wahlbüros befinden sich:

Langgasse 42, Wilhelmstr. 56, Moritzstr. 41,
Wörthstr. 5, Schwalbacherstr. 38 (Seitenbau),
Bismarckstr. 2, Emserstr. 44, Friedrichstr. 39, Lad.
Dabei wird jede Auskunft erteilt! F29Zur schnelleren Ablieferung der Reparaturen an meine geehrte
Kundschaft gebe ich nachstehend meine **Schleifstage** bekannt:**Scheren:** Schleiftag: Dienstag,
Ablieferungstag: Freitag.**Taschenmesser:** Schleiftag: Donnerstag,
Ablieferungstag: Montag.**Rasiermesser:** Schleiftag: Freitag,
Ablieferungstag: Samstag.**Tafelmesser** und sonstige Schleiferei:
Schleiftag: Mittwoch,
Ablieferungstag: Montag.Sämtliche übrigen Reparaturen und
Schleiferei erledige ich ebenfalls in kürzester Zeit.Morgen beste Gelegenheit **Scheren** zum Schleifen**G. Eberhardt**

46 Langgasse. Hofmesserschmied. Langgasse 46.

Darmstädter

Tel. 411. G. Schrab

**Möbelfabrik**

Hoflieferant. Tel. 411.

Darmstadt. F 61

Ständig große Auswahl in Schlafz., Herrenz., Speise- und Küchen,
in jeder Holz- und Stilart, zu ganz vorteilhaften Preisen.
-:- Lagerbesuch für Verlobte und Kriegsgetraute sehr lohnend. -:-**Grostbeulen! „Perniona“**Einbert sofort Juckreiz und
Schwellung.

Alleinverkauf: Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11. 31

**Elektr. Kochtöpfe,**Platten, Herde, Bügeleisen,
Haartrockner. 51Flack, Luisenstr. 44, neben
Residenztheater.**Carbid**

abzugeben.

Mittelpunkt-Druckerei

16 Albrechtstraße 16.
Tel. 213.**Belze**Opferramantel, Nehgarn,
tabellos erhalten, verkauft
preisw.

Residenz, Residenz 14, 2.

Gut erhaltene französ. Romane

sowie sonstige Bücher aller Art, kauft

Quirins Buch- und Papierhaus

Hauptstraße 50, Ecke Schwalbacher Straße.

Walhalla-Theater

vornehmes Buntes Theater

Allabendlich 7 1/2 Uhr:

Der neue brillante

**Spezialitäten-
Spielplan!**

Sonntags 3 Vorstellungen.

Walhalla-Diele.Geöffnet ab 6 Uhr:
**Erstklassiges
Künstler-Orchester.****Walhalla-Café.**Täglich ab 5 Uhr:
Casella-Konzerte.**Deutscher Hof**

Goldgasse 4.

Eintritt frei. Täglich: Eintritt frei.

Tulpenstiel-Konzerte.

Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Zu unserem am 28. Januar beginnenden

Haupt-**Tanz-Kursus**werden Anmeldungen in unserer Wohnung
freundl. entgegengenommen.Gründliche
Ausbildung!

XX

Mäßiger
Honorarsatz!

Unterrichtslokal:

„Bayrische Bierhalle“, Adolfstraße.

Tanz-Lehr-Institut

Carl Diehl u. Frau.

Scharnhorststraße 29, Parterre, links.

Stimmen und Reparieren

von

Flügeln und Pianinos

Stimm-Abonnement.

Stöppler, Musikalienhandlung

Alleinvertreter „Jbach“ Flügel und Pianinos

Telephon 3805 :: Rheinstraße 41.

Schuh-Reparatur

Mauergasse 12. Telephon 3053.

Liefere Sohlen u. Absätze aus bestem Kernleder.

Anfertigung noch feinsten Schuhwaren.

Marktstraße 25**Schuhbesohlung mit la Leder**Sämtliche Reparaturen werden in 1 bis 2 Tagen
sauber u. billigst ausgeführt.**Schuhsohlerei Marktstraße 25.****Unzündeholz und Abfallholz,
sowie Kantholz, Bretter und Latten**

Liefer frei Haus

W. Gail Wwe., Schwalbacher Straße 2.

Telephon Nr. 84. 3

Schluß meines**Ausverkaufes**

ist Ende Januar.

Fritz Lehmann

Juweller :: Kirchgasse 70. 53